

<http://www.derwesten.de/staedte/witten/warmer-regen-aus-berlin-ueberrascht-wittener-kaemmerer-id10420341.html>

Finanzen

Warmer Regen aus Berlin überrascht Wittener Kämmerer

04.03.2015 | 18:57 Uhr



Die Bürgermeister und Kämmerer des Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ fühlten den Bundespolitikern am 24. Februar in Berlin auf den Zahn.

Foto: Walter Schernstein

Kürzlich erst riefen Bürgermeister und Kämmerer armer Städte in Berlin um Hilfe, da winken schon zusätzliche Milliarden. Das löst Überraschung aus.

So schnell hätte wohl keiner mit Milliardenzusagen aus Berlin gerechnet. „Wir waren überrascht“, erklärte am Mittwoch (4.3.) Kämmerer Kleinschmidt, nachdem bekannt geworden war, dass der Bund die Kommunen mit zusätzlichem Geld unterstützen will.

Erst kürzlich waren Bürgermeister und Kämmerer der 50 armen Städte, darunter Witten, nach Berlin gefahren, um ihrer Forderung nach einem gerechteren Finanzausgleich Nachdruck zu verleihen. „Allerdings wissen wir noch nicht, was in Witten ankommt“, so Kleinschmidt. Bei der Eingliederungshilfe (fünf Milliarden bis 2018), die schon längst feststand, rechnet er mit sechs Millionen. Was neu sei: 1,5 Milliarden fließen schon 2017, ein Jahr früher.

3,5 Milliarden Euro zusätzlich für Investitionen

„On top“, also zusätzlich, ist das Investitionsprogramm von 3,5 Milliarden. Hier hofft der Kämmerer, ähnlich wie beim Konjunkturpaket II, das ein oder andere vorziehen zu können.

Beide Bundestagsabgeordneten, Kapschack (SPD) und Brauksiepe (CDU), stellen ihre Parteien als verlässliche Partner der Kommunen dar. Ralf Kapschack will sich auch für die vollständige Übernahme der Kosten für Flüchtlinge einsetzen.

„Wirksame Entlastung noch in dieser Legislaturperiode“

Seinen Angaben zufolge ist das Milliardenprogramm vor allem der SPD zu verdanken. „Während die Union die im Koalitionsvertrag vereinbarte finanzielle Entlastung der Kommunen am liebsten weit in die Zukunft verschoben hätte, hält die SPD-Bundestagsfraktion und insbesondere die NRW-Landesgruppe an ihrer zentralen Forderung nach einer wirksamen Entlastung noch in dieser Legislaturperiode fest.“

Staatssekretär Ralf Brauksiepe (CDU) hob dagegen die Bereitschaft der CDU-geführten Bundesregierung hervor, den Städten zu helfen. Er sprach von einem zusätzlichen Fünf-Milliarden-Programm. Brauksiepe: „Diese Initiative zeigt erneut, wie ernst die Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel die Sorgen der Kommunen nimmt.“